

**- Ansicht -**

Stadtverwaltung (Amt 36), 60275 Frankfurt am Main

Firma  
 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main  
 mbH  
 Kurt-Schumacher-Straße 8  
 60311 Frankfurt am Main

Auskunft erteilt  
**Herr Schlaak** Zimmer  
**415**

Telefon Durchwahl  
**069 212 43943** Fax

E-Mail  
**baustellen.sva@stadt-frankfurt.de**

Ihre Nachricht / Ihre Zeichen  
 Unsere Zeichen  
**36.32.2**

Datum  
**01.04.2025** Aktenzeichen  
**V-2024-02116**

## **Anordnung für Arbeiten im Straßenraum gem. § 45 Abs. 1, 3 u. 6 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)**

Ort der Baustelle: Griesheim ; Ortsbezirk 6  
**Mainzer Landstraße Ecke Jägerallee (Sperrung Gleisüberfahrt)**  
 Art der Bauarbeiten: Gleisbauarbeiten  
 Anordnung gültig vom: **21.07.2024 bis 10.08.2025** für einen Zeitraum von **21 Arbeitstag(en)**

Verkehrsmaßnahmen: Mainzer Landstraße Teilspernung Fahrbahn  
 Maßnahmen an LSA: Mainzer Landstr. / In der Schildwacht / Jägerallee (7059)  
 Planunterlagen: Verkehrszeichenplan gemäß Anlage

Antragsdatum: 16.10.2024  
 Ortsbesichtigungen:  
 Verantwortliche Person: **Frau Valentia Medawar Aguilar , Tel.: 01709118569**

**In Durchschrift:**

BVSS	66.5 Baubezirk West	D 600 - Direktion Verkehrssicherheit
36.35 Verkehrsmanagement	36.53 Lichtsignalanlagen (LSA)	36.43 Betrieb der verkehrstechnischen Anlagen
37.E23 Verkehr & Infrastruktur	NT43 - Betriebsmanagement	FES - Entsorgung

Gemäß § 45 Abs. 1, 3 und 6 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) in der derzeit gültigen Fassung ergeht unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs folgende verkehrsrechtliche Anordnung des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main als Straßenverkehrsbehörde:

## **Allgemeine Auflagen**

Die jeweils aktuelle Version der Anordnung ist an der Arbeitsstelle bereitzuhalten und auf Verlangen den berechtigten Personen des Amts für Straßenbau und Erschließung, des Straßenverkehrsamtes oder der Polizei vorzulegen.

Allgemeine Vorgaben der Richtlinien zur verkehrsrechtlichen Sicherung von Arbeitsstellen (RSA 21), z.B. Reflexionsklassen von Verkehrszeichen (Teil A, Punkt 2.1, Absatz 2 RSA 21), Aufstellhöhe usw. werden Bestandteil dieser verkehrsrechtlichen Anordnung und sind einzuhalten.

Erst nach vollständiger Einrichtung der angeordneten Maßnahmen ist mit der tatsächlichen Arbeitstätigkeit zu beginnen.

An der vorgenannten Örtlichkeit sind Verkehrseinschränkungen im Straßenraum erforderlich. Die in den beigefügten Plänen angegebenen Maße bzw. die angegebenen Fahrspuren der öffentlichen Verkehrsfläche müssen frei bleiben.

Alle Eingänge sowie Ein- und Ausfahrten der Anlieger sind aufrechtzuerhalten. In Ausnahmefällen ist eine Einigung mit dem Grundstückseigentümer herbeizuführen.

Befinden sich Schaltgeräte, Verteilerschränke und Schächte im abgegrenzten Baubereich, so müssen diese für Versorgungsarbeiten etc. jederzeit frei zugänglich bzw. anfahrbar sein.

Nach Beendigung der Arbeiten ist die ursprüngliche Beschilderung und Markierung, vorbehaltlich einer anderen Anordnung des Straßenverkehrsamtes (Abteilung 32), wiederherzustellen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Kosten der Beschaffung, Anbringung, Entfernung, Unterhaltung und des Betriebs von Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, die im Zusammenhang mit der Einrichtung dieser Arbeitsstelle erforderlich werden, der Antragsteller gemäß § 5b Abs. 2 Buchstabe d) Straßenverkehrsgesetz (StVG) zu tragen hat.

Alle Verkehrszeichen (VZ) und -einrichtungen, die bei der Einrichtung einer Arbeitsstelle im öffentlichen Verkehrsraum aufgestellt werden, sind so zu kennzeichnen, dass die Rückseite derselben stets mit der Adresse des Veranlassers, der bauausführenden Firma oder der beauftragten Baustellenabsicherungsfirma versehen ist.

## **Beginn und Ende der Arbeiten**

Ansprechpartner: Straßenverkehrsamt (36.3)  
Mail: [bauanzeigen@stadt-frankfurt.de](mailto:bauanzeigen@stadt-frankfurt.de)

Der tatsächliche Beginn und das tatsächliche Ende der Arbeiten ist dem Straßenverkehrsamt per Email durch die beigefügte "Beginn-/Fertig-Meldung" anzuzeigen.

### Wechsel der verantwortlichen Person

Ansprechpartner: Verkehrsangelegenheiten (36.32)  
Mail: [baustellen.sva@stadt-frankfurt.de](mailto:baustellen.sva@stadt-frankfurt.de)

Ein Wechsel der verantwortlichen Person im Sinne des Teil A, Nr. 1.4, Absatz 3 RSA 21 ist unverzüglich über die o.g. Email-Adresse unter Angabe des Aktenzeichens anzuzeigen.

### Unterbrechung der Arbeiten

Ansprechpartner: Verkehrsangelegenheiten (36.32)  
Mail: [baustellen.sva@stadt-frankfurt.de](mailto:baustellen.sva@stadt-frankfurt.de)

Eine mehr als fünf Arbeitstage andauernde Bauunterbrechung ist unverzüglich dem Straßenverkehrsamt über die o.g. Email-Adresse zu melden und zu begründen.

Insbesondere ist anzugeben, ob eine (Teil-) Freigabe des öffentlichen Verkehrs möglich ist.

Das Straßenverkehrsamt entscheidet über Art und Umfang zu treffender Maßnahmen.

### Änderung des Genehmigungszeitraums

Eine Änderung des Genehmigungszeitraums ist genehmigungspflichtig und rechtzeitig bei den entsprechenden Stellen zu beantragen.

## Besondere Auflagen

Größeren Fahrzeugen, insbesondere Einsatz- und Müllfahrzeugen, ist jederzeit ein gefahrloses Passieren der Baustelle zu ermöglichen.

Gegebenenfalls muss die Arbeitsstelle, zumindest teilweise, geräumt werden.

Die Sperrung Stadtauswärts darf aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs während der Gültigkeitsdauer dieser Verfügung nur in der Zeit von **7.00 Uhr bis 16.00 Uhr** ausgeführt werden. .

An der Signalanlage M24 sind die Signale 1b, 4b mobil machen und an den Fahrbahnrand zu versetzen.

Die LZA darf nur durch das Straßenverkehrsamt bzw. deren beauftragten Firma aus- bzw. eingeschaltet/abgedeckt werden.

Der genaue Ausführungstermin ist rechtzeitig vorher der Verkehrsleitzentrale, Telefon 069/212-42365, mitzuteilen.

Bei allen Änderungen an Lichtzeichenanlagen (z.B. Zeitenänderung, Aufstellen eines transportablen Signalgebers, Abdecken von Signalgebern, Ausschalten der Lichtzeichenanlage) ist **vier Wochen vor dem Baubeginn** das Straßenverkehrsamt, Abt. 36.53, Telefon 069/212-42325, Email: [amt36.lsa@stadt-frankfurt.de](mailto:amt36.lsa@stadt-frankfurt.de), und Abt. 36.43, Telefon 069/212-36363 (Sammelruf), Email: [betrieb.ampel@stadt-frankfurt.de](mailto:betrieb.ampel@stadt-frankfurt.de), zu unterrichten.

Die Kostenübernahmeerklärung muss vor Baubeginn bei der Abt. 36.43, Fax: 069/212-9742270 vorliegen.

Die **Sicht auf die Signalgeber** der Lichtzeichenanlage im Baustellenbereich darf bei der Durchführung der Bauarbeiten **nicht beeinträchtigt** werden.

Das Lagern der Baustoffe, das Aufstellen der Maschinen und Baubuden (mit fahrbarem Untersatz) sowie das Be- und Entladen der Fahrzeuge hat nur innerhalb des abgegrenzten Bauraumes zu erfolgen.

Die am weitesten vorspringenden Ecken der Absperrung sind bei Dunkelheit oder wenn es die Witterung erfordert mit je einer gelben Warnleuchte kenntlich zu machen.

An den Stirnseiten sind die Absperrschrankengitter mit je drei gelben Warnleuchten, die Absperrbaken mit je einer gelben Warnleuchte zu sichern.

Der Abstand der Leitbaken untereinander (Längsabspernung) darf fünf Meter nicht überschreiten. Jede zweite und die letzte Bake ist mit einer gelben Warnleuchte zu versehen.

Verkehrszeichen, die aufgrund der örtlichen Verhältnisse im Fahrbahnbereich aufgestellt werden müssen, sind zusätzlich mit je einer Leitbake zu sichern.

Die Absperrung und Beschilderung der Baustelle ist gemäß beigefügtem/n Verkehrszeichenplan/-plänen zu erstellen. Teil A, Punkt 3 RSA 21 findet Anwendung.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht Frankfurt am Main (Sitz: Frankfurt am Main, Adalbertstraße 18), erhoben werden.

Im Auftrag

(Schlaak)

## **Information nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

### **Verantwortlicher für die Datenverarbeitung**

Stadt Frankfurt am Main  
Straßenverkehrsamt  
Gutleutstraße 191  
60327 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 212 44734  
E-Mail: [straßenverkehrsamt@stadt-frankfurt.de](mailto:straßenverkehrsamt@stadt-frankfurt.de)  
[www.frankfurt.de](http://www.frankfurt.de)

### **Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten**

Stadt Frankfurt am Main  
Referat Datenschutz und IT-Sicherheit (11B)  
Sandgasse 6  
60311 Frankfurt am Main  
Tel.: 069 212 32888  
E-Mail: [datenschutz@stadt-frankfurt.de](mailto:datenschutz@stadt-frankfurt.de)

### **Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung**

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen Ihres Antragsverfahrens nach den Vorschriften der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebOST) und der Verwaltungskostensatzung der Stadt Frankfurt am Main erhoben.

Zum Zweck der Beibehaltung von Forderungen im Zusammenhang mit Gefahrenabwehrmaßnahmen, begründet durch das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) und das Hessische Verwaltungskostengesetz (HVwKostG).

Zur Erfüllung von Aufgaben nach dem Gefahrgutbeförderungsgesetz (GGBefG) und der Kostenverordnung für Maßnahmen bei der Beförderung gefährlicher Güter (GGKostV).

Des Weiteren zur Durchführung vertraglicher Maßnahmen und im Rahmen vergaberechtlicher Verfahren und darüber hinaus verarbeiten wir personenbezogene Daten auch zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten nach der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

### **Bereitstellung der personenbezogenen Daten**

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben, für das Verwaltungsverfahren oder für einen Vertragsabschluss erforderlich oder die betroffene Person ist verpflichtet die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

Die Nichtbereitstellung hätte zur Folge, dass das Verwaltungsverfahren nicht bearbeitet oder ein Vertrag nicht abgeschlossen werden kann.

### **Kategorien personenbezogener Daten**

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Firma oder andere Unternehmens- oder Gesellschaftsbezeichnung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Geschäftsführer(s).

### **Dauer der Speicherung**

Ihre personenbezogenen Daten werden solange aufbewahrt, soweit wir zur Erfüllung gesetzlicher oder vertraglicher Aufbewahrungsfristen dazu verpflichtet sind. Die vorgegebenen Fristen betragen bis zu 10 Jahre.

### **Empfänger der personenbezogenen Daten**

Innerhalb unserer Behörde erhalten nur diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben benötigen. Eine Übermittlung Ihrer Daten an Dritte findet grundsätzlich nicht statt, es sei denn, wir sind gesetzlich dazu verpflichtet, oder die Datenweitergabe ist zur Durchführung für das Verfahren erforderlich. Eine Übermittlung in Länder außerhalb der EU findet nicht statt.

### **Rechte des Betroffenen**

Sie können jederzeit Auskunft über Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten erhalten und jederzeit deren Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Ebenfalls haben Sie das Recht jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen.

### **Beschwerderecht**

Als betroffene Person haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen Datenschutzvorschriften verstößt.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Hessische Beauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Postfach 3163  
65021 Wiesbaden  
Telefon: 0611 14080  
E-Mail: [poststelle@datenschutz.hessen.de](mailto:poststelle@datenschutz.hessen.de)